

## Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 10.08.2022
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:01 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung

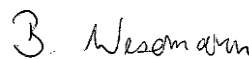
 es folgte eine  
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche  
Sitzung




---

 Werner Jacob  
Vorsitzender




---

 Birgit Wesemann  
Protokollführer

### Anwesend:

#### Vorsitzender

Herr Werner Jacob

#### Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

#### Mitglieder

Herr Ralf-Peter Bierstedt

Frau Edith Braun

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen ab TOP 25

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Wilko Maatz

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Herr Björn Paucke

Frau Rita Platte

Herr Christoph Plötze

Frau Alexandra Schleef

Herr Dietrich Schultz

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

#### Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe

Frau Thekla Möws

Herr Udo Wendorf

#### Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

### Abwesend:

#### Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

entsch.

Herr Michael Bartoschewski

entsch.

Herr Ralf Breuer

entsch.

Herr Dr. Frank Dreihaupt

entsch.

Frau Steffi Kraemer

unentsch.

Herr Uwe Nastke

unentsch.

Herr Karsten Paproth

entsch.

Herr Marco Radke

unentsch.

Herr Sven Wegener

entsch.

## Tagesordnung

zur Fortführung der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 06.07.2022 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 10.08.2022, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>DS-Nr.</b>
23. Antrag WG Lüderitz - Ersatzbeschaffung Spielplatz Dorfgemeinschaftshaus, Gr. Schwarzlosen über Fördermittel	BV 876/2022
24. Antrag WG Lüderitz - Entschlammung des Dorfteiches Gr. Schwarzlosen und Baumberäumung über Fördermittel	BV 877/2022
25. Antrag WG Lüderitz - Ersatzbepflanzung für drei Gutsparks lt. Fachgutachten aus 2021 über Fördermittel	BV 878/2022
26. Antrag WG Lüderitz - Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Schaffung eines Mobilstellplatzes am Freibad Lüderitz	BV 879/2022
27. Vereinsförderung - Bereitstellung von Haushaltsmitteln 2023 für Zuschuss Sportgemeinschaft "Freundschaft" Schernebeck zum Fördervorhaben Erneuerung Beregnungsbrunnen	BV 884/2022
28. Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA	BV 802/2022
29. Antrag auf Akteneinsicht - Fraktion der SPD und CDU/FDP	BV 847/2022
30. Information über den Jahresabschluss 2017	MV 844/2022
31. Information über den Jahresabschluss 2016	MV 845/2022
32. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	

## Nichtöffentliche Sitzung

33. Abstimmung über die Niederschrift der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 16.05.2022
34. Informationen des Bürgermeisters
35. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

## Öffentliche Sitzung

36. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
37. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
38. Schließung der Sitzung

**Herr Jacob** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Für die heutige Sitzung des Stadtrates (SR) haben sich Herr Allmrodt, Herr Bartoschewski, Herr Breuer, Herr Dr. Dreihaupt, Herr Paproth und Herr S. Wegener entschuldigt. Frau Kalkofen kommt etwas später. Unentschuldigt fehlen Frau Kraemer, Herr Nastke und Herr Radke. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 23: Antrag WG Lüderitz - Ersatzbeschaffung Spielplatz Dorfgemeinschaftshaus, Gr. Schwarzlosen über Fördermittel - Vorlage: BV 876/2022**

**Herr Nagler** habe eine Frage zum Verständnis, da in der BV keine Kosten des Vorhabens stehen. Sind die 3.000 € plus Fördermittel die Kosten, die dann ausgegeben werden und vom Stadthaushalt (Stadt-HH) wird nichts dazu gegeben?

**Herr Brohm** habe es genauso verstanden. Es soll für die EGem kostenneutral sein.

**Herr Jacob** wirft ein, wozu braucht man dann eine HH-Planung.

**Herr Brohm** antwortet, wenn man diese Maßnahme über Fördermittel beantragen wolle, muss diese Bestandteil des HH sein. Die Eigenmittel stellt der Verein „Wir bleiben hier“ zur Verfügung.

**Herr Nagler** findet, dann müsste beim Deckungsvorschlag keine Kosten aus dem Stadt-HH stehen aber wenn dort nichts drin stehe, sei das ganz schlecht.

**Herr Brohm** sagt, hier stehen Eigenmittel und Förderprogramm. Man kenne aktuell für 2023 kein Förderprogramm oder eine Förderquote. Hier rede man von einer 75 %-igen Förderung. Die 3.000 € seien die 25 % Eigenmittel und daraus ergebe sich eine Maximalsumme. Bei einer höheren Förderung wäre mehr möglich.

**Frau Platte** habe den Vorschlag, dass man bei solchen Beschlüssen im Deckungsvorschlag reinschreiben könnte, die Beschaffung ist für die EGem kostenneutral.

**Herr Schultz** merkt an, in der Vorlage stehe bei finanzielle Auswirkungen „Kosten des Vorhabens nicht benannt“. Dort müsste stehen, „Kosten des Vorhabens, keine Kosten“.

**Frau Braun** findet es ungerecht, was hier ablaufe. Immerhin habe man in ganz kleinen Ortschaften mit ca. 3 Kindern Spielplätze über den HH finanziert. Lüderitz/Groß Schwarzlosen habe 50 Kinder und soll seinen 30 Jahre alten Spielplatz allein finanzieren. Der Spielplatz gehöre zur EGem und sie sehe nicht ein, dass man ihre Ortschaft gegenüber anderen Ortschaften benachteilige. So nehme sie das nicht hin. In der Ortschaft Tangerhütte habe man einen Spielplatz für 75.000 € gebaut. Was habe hier die Ortschaft Tangerhütte mit eingebracht? Gar nichts, denn das sei alles über den HH gegangen.

**Herr Nagler** möchte nur wissen, wie hoch der HH belastet wird. Das möchte er bei jeder Maßnahme wissen und in dieser BV stehe nichts drin. Das habe man schon öfters angemahnt. Er verstehe es ja und sagt, „es kommt ein Antrag von einer Fraktion aber dann ist die Frage, entweder muss man das erst reinbringen, in Absprache mit der einbringenden Fraktion, bis sie dann gesagt haben, das ist der Kostenumfang des Vorhabens. Das wäre korrekt. Oder, wenn die entsprechende Fraktion sagt, nein, ich will das jetzt reinhaben, dann muss man eben einen anderen Lösungsweg finden. Ich stimme jedenfalls keine Sachen zu, wo nicht drin steht, was das Vorhaben kostet und was es die Stadt nachher kostet. Jedes Unternehmen wäre pleite, wenn es solche finanzielle Ausstattung hätte wie die Gemeinde und dann muss man diese Sachen einfach wissen. Das hat ja auch Frau Kraemer, die heute nicht anwesend ist, damals in der Sitzung des Hauptausschusses (HA-Sitzung) gesagt. Es wäre auch vernünftig, die Sachen reinzunehmen für die HH-Planung 2023, diese Anträge und dort dann, wenn man die Zahlen hat, gucken kann, was ist. Das wäre auch noch ein gangbarer Weg. Deswegen habe ich dagegen gestimmt und ich werde auch gegen die ganzen Sachen stimmen. Entweder macht man das in Form der HH-Planung, wo dann sie die Zeit haben, zu sagen, dass wäre der Umfang. Das haben wir uns zusammen angeguckt, mit dem Ortschaftsrat, mit der Ortsbürgermeisterin (OBM) und wie auch immer. Das wäre der Kostenumfang, nach jetzigem Stand. Das Geld wäre fördermäßig da oder nicht da. Eigenmittel so und die Stadt würde dann so und so viel dazu geben müssen oder nicht. So möchte ich das einfach haben. Das hat was mit haushalterischer Logik zu tun. Ich kann nicht blind irgendetwas zustimmen. Dann heißt es im ½ Jahr, ihr habt aber zugestimmt. Können wir gern machen aber ich mache diese Spielchen nicht mit. Dann kostet es nachher 40.000 €, 50.000 € oder 60.000 €. Was Spielgeräte im öffentlichen Raum kosten, weiß jeder. Da reden wir ganz schnell über solche Summen. Je nachdem, was man da machen will und das funktioniert dann irgendwann nicht und man kommt an den Punkt, egal in welcher Ortschaft, dass wir sagen können, diese Sachen gehen jetzt nicht und an diesem Punkt sind wir

einfach schon. Das müssen viele, die in der Runde sitzen mal verstehen. Wir können hier allem zustimmen. Ich finde alle diese Sachen super. Ich würde die sofort machen, wenn wir Geld hätten aber wir haben kein Geld. Wir haben nicht mal Geld, die Sachen, die wir haben, in Schuss zu halten. Das ist hier in dem Fall keine neue Sache und das ist eine Sauerei, dass hier die ganze Zeit nichts dran gemacht wurde. Da brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Da sind wir auf einer Ebene. Das Problem ist, ich möchte wissen, was es kostet. Dann möchte ich Vorschläge haben, wie wir das kostenmäßig für die Stadt einigermaßen hinkriegen und dann müssen wir darüber reden, ist das das wichtigste, ist das andere das wichtigste, was können wir schieben, was müssen wir schieben. Wir haben ja gerade sieben oder acht Projekte ganz nach hinten geschoben, weil die Baukosten für die Pflichtaufgaben noch teurer werden. Die stehen auch noch auf der Liste, wo keiner weiß, wann die gemacht werden. Es geht um Übersichtlichkeit, um Transparenz und um Ehrlichkeit, auch dem Bürger gegenüber. Ich kann hier zu allem Hurra rufen. Es ist aber nicht finanziell unterlegbar. Wozu das führt, sieht man auch in Lüderitz. Da ist der Sportverein zu Recht stinkig. Deswegen sage ich, man muss ehrlich sagen, was geht und was nicht. Das muss man an dieser Stelle machen und nicht zu allem ja sagen, weil es öffentlich ist und dann im ½ oder ¾ Jahr sagen, es kostet so und so viel und jetzt wissen wir nicht mehr, wo wir es hernehmen müssen.“

**Frau Braun** sei derselben Meinung wie Herr Nagler. In ihrem Antrag vom 30.05.2022 stehe, „ich bitte um Aufnahme in die Beratungsfolge bzw., was bereits beraten zur BV und Entscheidung“. Die BV habe sie nicht geschrieben, sondern die Verwaltung. Über die BV habe man in Gremien diskutiert und sie müsse erwarten können, dass solche Dinge in der Verwaltung inhaltlich richtig diskutiert und bewertet werden und anständige BV erarbeitet werden. Das könne doch nicht immer zum Nachteil derer sein, die Anträge stellen. Dies in die Beratungsfolge (lt. Antrag) aufzunehmen, bedeutet, dass das letztendlich für HH-Diskussion 2023 Verwendung finden solle. Sie sei Vorsitzende des Heimatvereins e.V. Lüderitz und habe angeboten, dass der Heimatverein Spenden sammle und 3.000 € dazu gebe, weil sie es nicht zum Nulltarif haben wolle. Der Spielplatz sei 30 Jahre alt und es könne nicht sein, dass das hier so abgetan werde. Es müssten auch Änderungsanträge von den Räten kommen. Sie sei einverstanden, dass man das heute so nicht beschließen könne, weil nicht alles klar sei. Es seien auch keine Geräte dabei. Es liege nur eine BV vor. Sie würde gern den *Änderungsantrag* stellen wollen, dass *in die Verwaltung zurückzuverweisen*, damit das ordnungsgemäß vorbereitet wird *und in die HH-Diskussion 2023 mit aufgenommen wird*.

**Herr Jagolski** erinnert Frau Braun an die Sitzung des Bauausschusses (BA). Dort lautete die Aussage der Verwaltung, es sei kostenneutral. Jetzt kommt er zum nächsten Satz und zwar, „gehen sie davon aus, was die Verwaltung tut, ist das richtige. Dann dürfte nichts passieren.“

**Frau Platte** hätte den Änderungsantrag gestellt, dass so ein Antrag in die HH-Diskussion 2023 verwiesen wird und da aufgenommen werden soll. So wie die anderen auch. Über diese Möglichkeit habe man auch gesprochen, weil es jetzt nicht richtig zu klären sei.

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages* von Frau Braun, *Zurückverweisung in die Verwaltung und in Vorbereitung für den Haushalt 2023 aufzunehmen*.

**Abstimmung Änderungsantrag: 17x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung**

## **TOP 25: Antrag WG Lüderitz - Entschlammung des Dorfteiches Gr. Schwarzlosen und Baumberäumung über Fördermittel - Vorlage: BV 877/2022**

**Frau Jacob** liest den Beschlussvorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung vor.

**Frau Braun** führt aus, dass das Angebot von der Firma Hinze vorliege. Dieses Projekt verfolge man schon 5 Jahre. Sie wisse, dass dafür im ALFF Fördermittel bereitgestellt werden (Rekultivierung von Teichanlagen). Durch die Trockenheit sei der Teich in der Zwischenzeit fast trocken. Die Bäume, die seit 2014 schon im Teich liegen, sollten durch eine Übungsmaßnahme der Feuerwehr (FW) endlich entsorgt werden. Das sei noch nicht passiert. Hier gehe es darum, dass für die Maßnahme endlich Fördermittel beantragt werden.

**Herr Brohm** äußert, auch hier sei die Frage, gibt es so ein Förderprogramm? Beim letzten habe die Maßnahme die Kriterien des Förderprogramms nicht erfüllt. Hier seien dann auch, entsprechend eines zu benennenden Förderprogramms, Eigenmittel einzustellen. Darum stelle sich hier die Frage, jetzt blind im Vorgriff auf den HH 2023 einen Beschluss zu fassen, ohne weitere Kenntnis? Hier kenne man schonmal die aktuelle Kostengröße. Insofern wäre es sinnvoll, dass erst zu diskutieren, wenn man wisse, welche Fördermittelprogramme es gebe, um dann auch die Eigenmittel zu eruieren, in welcher Höhe diese erforderlich seien.

**Frau Braun** sei von Herrn Brohm enttäuscht. Sie habe am 30.05.2022 diesen Antrag gestellt. Vor zwei Jahren haben sie schon einmal einen Antrag gestellt. Inzwischen müsse die Verwaltung doch

in der Lage sein, sich zu informieren, wo es welche Fördermittel gebe. Man habe das digitale Rathaus. Alle sitzen am Computer und können googeln. Es gibt Landes- und Bundesprojekte. Sie sehe nicht ein, dass sie als ehrenamtliche OBM auch diese Arbeit noch tätigen müsse. Dafür habe man im Amt hochbezahlte Leute.

Für **Herrn Jacob** stelle es sich so da, dass man hier dasselbe Problem habe wie mit der BV im vorigen TOP. Deshalb könne man auch diese BV zurückverweisen. Aus diesem Grund stelle er den *Änderungsantrag, Zurückverweisung in die Verwaltung und in Vorbereitung für den Haushalt 2023 aufzunehmen.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 17x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung**

**TOP 25: Antrag WG Lüderitz - Ersatzbepflanzung für drei Gutsparks lt. Fachgutachten aus 2021 über Fördermittel - Vorlage: BV 878/2022**

**Herr Jacob** liest den Beschlussvorschlag und den Änderungsantrag von Frau Platte aus der HA-Sitzung vom 27.06.2022 vor.

**Frau Kalkofen** nimmt 19:24 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr D. Wegener** führt an, hier treffe das Gleiche zu wie bei den anderen beiden Beschlüssen. Darum würde er ebenfalls entscheiden, bis über den HH 2023 diskutiert werde, diesen zurückzustellen.

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages* von Herrn D. Wegener, *Zurückverweisung in die Verwaltung und in Vorbereitung für den Haushalt 2023 aufzunehmen.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 18x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung**

**TOP 26: Antrag WG Lüderitz - Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Schaffung eines Mobilstellplatzes am Freibad Lüderitz - Vorlage: BV 879/2022**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages* aus der HA-Sitzung vom 27.06.2022, der wie folgt lautet.

*Den Mobilstellplatz auf Wohnmobilstellplatz zu ändern.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 15x Ja, 1x Nein, 3x Enthaltung**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung der BV 879/2022, mit der Änderung.

*Auf Antrag der WG Lüderitz beschließt der Stadtrat die Antragstellung von Fördermitteln zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Schaffung eines Wohnmobilstellplatzes am Freibad Lüderitz.*

**Abstimmungsergebnis: 13x Ja, 4x Nein, 2x Enthaltung** => mit Änderung beschlossen

**TOP 27: Vereinsförderung - Bereitstellung von Haushaltsmitteln 2023 für Zuschuss Sportgemeinschaft "Freundschaft" Schernebeck zum Fördervorhaben Erneuerung Beregnungsbrunnen - Vorlage: BV 884/2022**

**Herr Jacob** liest den Beschlussvorschlag vor und **Frau Platte** liest mit einem Fragezeichen den Hinweis aus der Sitzung des Sozialausschusses (SA-Sitzung) vor und zwar, dass es nicht um einen Beregnungsbrunnen gehe, sondern um eine gesamte Brunnenanlage.

**Herr Jacob** antwortet, dies habe man im SA erklärt. Das sei der Brunnen für die gesamte Sportanlage. Insofern sei die Bezeichnung Beregnungsbrunnen nicht korrekt.

**Frau Braun** habe diesen Antrag, im Namen des Ortschaftsrates und des Sportvereins Schernebeck, eingebracht. Die Sportgemeinschaft Schernebeck sei sehr aktiv, sehr vorbildlich und leiste sehr viel Eigenleistungen. Dies könne man nicht von allen Sportvereinen sagen. In Schernebeck müsse der Bauhof und alle möglichen Leute nicht eingesetzt werden, so wie bei anderen Ortschaften. Der Brunnen sei alt. Darum müsse hier für die gesamte Sportanlage ein neuer Brunnen her. Es gehe auch um die Toiletten, um die Waschgelegenheiten und um die Beregnung der Anlage. Deshalb sei dieser Hinweis ganz wichtig.

**Frau Braun** stellt den *Änderungsantrag*, den Beregnungsbrunnen *auf gesamte Brunnenanlage* zu ändern.

**Abstimmung Änderungsantrag: 18x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung der BV 884/2022, mit der Änderung

*Der Stadtrat beschließt die Sportgemeinschaft „Freundschaft“ Schernebeck bei seinem beantragten Fördermittelvorhaben zu unterstützen. Und stellt im Haushalt 2023 einen Zuschuss für das Fördervorhaben, Erneuerung auf einer gesamten Brunnenanlage in Höhe von max. 10% der Gesamtkosten zur Verfügung.*

**Abstimmungsergebnis: 18x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung** => beschlossen

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

**TOP 28: Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA - Vorlage: BV 802/2022**

**Herr Maatz** stellt im Namen der UWGSA den *Antrag, namentliche Abstimmung*.

**Herr Brohm** erklärt, man habe diese BV einmal zurückgestellt, weil die Verwaltung einen Vorschlag machen sollte, wie eine Frage zu lauten habe. Auf Seite 2 der BV stehen jetzt zwei Vorschläge. Das KVG gebe vor, es habe eine Frage zu sein und die mit Ja oder Nein zu beantworten sei. Er liest die beiden Fragen vor und sagt, darüber müsse man sich zuerst unterhalten. Er fragt die Räte, ob diese einen anderen Vorschlag haben.

**Herr Jacob** weist darauf hin, dass man noch einen Änderungsantrag zur Bürgerbefragung (Fragestellung) vorzuliegen habe, der wie folgt lautet.

Fragestellung: Sind Sie für die behinderten-gerechten Sanierung der Zugangstreppe zum Dorfgemeinschaftshaus (DGH)/Gutshaus und entscheiden sich damit gegen einen Neubau eines DGH, errichtet an der FFW der Ortschaft Jerchel? Ja oder Nein.

**Frau Platte** sagt, man habe schon mehrfach darüber diskutiert. Die Verwaltung macht es offensichtlich so, dass sie die Sache solange auf die TO bringt, bis das rauskommt, was sie möchte. Auch die Formulierung der 2. Frage suggeriert, dass man gegen einen Neubau sei. So gehe das definitiv nicht. Dann könne auch die Ortschaft Grieben eine Bürgerbefragung anregen und zwar, „wollen sie eine ordentliche Löschwasserversorgung in Grieben oder sind sie damit einverstanden, dass das über die Trinkwasserleitung, so wie die Verwaltung das möchte, geschieht“.

**Herr D. Wegener** sieht es ähnlich wie Frau Platte. Wenn man diese Bürgerbefragung durchführe, suggeriere man, dass sich die Leute zwischen einer Renovierung des DGH und einem Neubau entscheiden können. In den nächsten Jahren werde für das eine oder für das andere kein Geld zur Verfügung stehen. Wenn man ehrlich sei, müsse man das klipp und klar sagen. Über das Kulturhaus rede man schon 10 Jahre und es regnet hier immer noch rein, weil nichts passiere.

Es entsteht eine Diskussion, ob man eine Bürgerbefragung durchführen sollte oder nicht. An dieser Diskussion beteiligen sich **Herr D. Wegener, Herr Brohm, Frau Schleef, Herr Graubner, Frau Kalkofen** und **Frau Braun**.

**Herr Nagler** stellt den Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste.

**Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 18x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung**

**Herr Jacob** informierte vor der Abstimmung, dass Herr Schultz, Frau Platte, Herr D. Wegener, Herr Bierstedt und Frau Möws, OBM Jerchel, noch auf der Rednerliste stehen und nach der Abstimmung das Wort erhalten.

**Herr Schultz, Frau Platte, Herr D. Wegener, Herr Bierstedt** und **Frau Möws** geben noch ihre Meinung zu den Kosten einer neuen Treppe oder eines Neubaus und zur Bürgerbefragung kund.

**Herr Jacob** möchte über folgenden Änderungsantrag von Herrn Schultz abstimmen lassen.

**Herr Schultz** sagt zu Herrn Jacob, dass dieser nicht den aktuellen Änderungsantrag habe und überreicht Herrn Jacob den aktuellen Änderungsantrag.

**Herr Jacob** liest den richtigen Änderungsantrag (datiert am 13.07.2022) für die Bürgerbefragung vor, der wie folgt lautet.

Fragestellung: Ich stimme für die behinderten-gerechten Sanierung der Zugangstreppe zum DGH Jerchel oder ich stimme für den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses, errichtet an der FFW der Ortschaft Jerchel?

**Herr Brohm** habe eben in der einen Frage zwei Fragen verstanden. Dies könne man nicht mit Ja oder Nein beantworten. Es gehe nur eine Frage. So stehe es auch im KVG. Er möchte nur verhindern, dass man hier einen Beschluss habe, den man schwer umsetzen könne.

**Herr Jacob** ist aber der Meinung, Herr Schultz könne einen Änderungsantrag stellen und wenn man der Meinung sei, der sei nicht richtig gestellt, könne man diesen ablehnen. Natürlich könne Herr Brohm darauf hinweisen und dann werde man sehen, wie das Abstimmungsverhältnis ist.

**Herr Brohm**, wenn zugestimmt wird, gehe ich in Widerspruch und man streite sich wieder.

**Herr Jacob**, ja so ist das. Er könne doch von sich aus nicht sagen, nein, das haben sie verkehrt formuliert. Das lassen wir nicht zu. Das stehe ihm nicht an.

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages* von Herrn Schultz zur Bürgerbefragung (Fragestellung), mit dem Hinweis vom BM, dass es so nicht gehe. Von der Kommunalaufsicht sei es auch bestätigt worden. Die Fragestellung muss man mit Ja oder Nein beantworten können.

Fragestellung: Ich stimme für die behinderten-gerechten Sanierung der Zugangstreppe zum Dorfgemeinschaftshaus Jerchel oder ich stimme für den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses, errichtet an der FFW der Ortschaft Jerchel?

**Abstimmung Änderungsantrag: 2x Ja, 14x Nein, 3x Enthaltung**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des 1. *eingereichten Vorschlages* der Verwaltung.

*Fragestellung: Sind Sie für den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses – errichtet an der FFW der Ortschaft Jerchel und entscheiden Sie sich somit gegen die Sanierung des ehem. Gutshauses, dass aktuell als Dorfgemeinschaftshaus betrieben wird? Ja oder Nein.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 6x Ja, 11x Nein, 2x Enthaltung**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung des 2. (alternativ) *eingereichten Vorschlages* der Verwaltung.

*Fragestellung: „Sind Sie für die Sanierung des ehem. Gutshauses – genutzt als Dorfgemeinschaftshaus – und entscheiden Sie sich somit gegen einen Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses – errichtet an der FFW der Ortschaft Jerchel?“ Ja oder Nein.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 2x Ja, 15x Nein, 2x Enthaltung**

**Herr Jacob** stellt fest, mit diesen Abstimmungen habe man für keine Änderung die Mehrheit und bittet um Einzelabstimmung der BV 802/2022.

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt eine Bürgerbefragung in der Ortschaft Jerchel gemäß § 28 Abs. 3 KVG LSA.*

Herr Andreas Brohm	Ja	Herr Michael Nagler	Nein
Herr Werner Jacob	Enthaltung	Herr Dieter Pasiciel	Nein
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Nein	Herr Björn Paucke	Enthaltung
Frau Edith Braun	Nein	Frau Rita Platte	Nein
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Christoph Plötze	Ja
Herr Marcus Graubner	Nein	Frau Alexandra Schleef	Ja
Herr Peter Jagolski	Nein	Herr Dietrich Schultz	Nein
Frau Carmen Kalkofen	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Herr Wolfgang Kinszorra	Nein	Herr Daniel Wegener	Nein
Herr Wilko Maatz	Ja		

**Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 10x Nein, 2x Enthaltung => abgelehnt**

#### **TOP 29: Antrag auf Akteneinsicht - Fraktion der SPD und CDU/FDP - Vorlage: BV 847/2022**

**Herr Graubner** informiert, dass seine Fraktion, gemeinsam mit der SPD, diesen Antrag auf Akteneinsicht zur Tätigkeit und Eingruppierung von Verwaltungsmitarbeiterinnen stelle. Herr Plötze habe ihm die Begründung der Verwaltung zum Akteneinsichtsrecht (§ 45 Abs. 6 Satz 2 KVG LSA) gezeigt. Diesen Eifer hätte er sich bei anderen Dingen, die anstehen, gewünscht. Immer, wenn es gegen den SR gehe, sei die Verwaltung sehr schnell.

**Herr Brohm** erklärt, der Verwaltung gehe es darum, dass KVG LSA zu respektieren und einzuhalten. Das erforderliche Quorum nach § 45 Abs. 6 Satz 2 KVG LSA sei erreicht. Im Rahmen der Beschlussfassung müsse noch darüber abgestimmt werden, ob dem gesamten Gremium Akteneinsicht gewährt werden solle oder, ob man einen Ausschuss bestellen wolle.

**Herr Nagler** findet, dies sei richtig (KVG-konform) aber trotzdem hindert nichts daran, solche Sachen schnell zu bearbeiten. Dieser Antrag sei vom 21.04.2022. In der Zwischenzeit haben vor dieser fortführenden Sitzung schon zwei SR-Sitzungen stattgefunden, in denen man dies hätte klären können. Das sei wie immer eine Verzögerungstaktik. Bisher habe man es immer rechtlich möglich gemacht, dass der ganze SR daran teilnehmen könne. Hier sei die Frage, ob man im SR generell einen Beschluss fasse, dass bei Akteneinsichtsanträgen der SR das immer mache. Damit hätte man einen Zeitgewinn. Sei das rechtlich möglich? Dann würde er diesen Antrag stellen.

**Herr Graubner** seine Fraktion schließe sich dem Antrag von der WG Zukunft an.

**Herr Jagolski** findet es schlimm, dass man für so etwas einen Akteneinsichtsantrag stellen müsse, was er begründet.

**Herr Jacob** glaube auch, dass die Verwaltung und unser BM Interesse haben sollten, im Interesse einer guten Zusammenarbeit, solche Sachen uns gegenüber offen (ohne Einsichtsantrag) und wahrheitsgemäß darzulegen.

**Frau Braun** verstehe es auch nicht, dass man über Monate einen Akteneinsichtsantrag stellen müsse. Nach dem Informationszugangsgesetz brauche man nur anzeigen, dass man Akteneinsicht haben möchte und das könne jedes SR-Mitglied verlangen.

**Herr Brohm** antwortet, man wolle das einfangen, was man möglicherweise zu lax gehandhabt habe und zwar, dass man viele Daten rausgebe, die man eigentlich ganz formal einsehen könnte. Dafür habe jedes SR-Mitglied einen Zugang. Mit der Akteneinsicht habe er kein Problem. Akteneinsicht bedeutet, für alle und dann könnten alle ins Rathaus kommen und die Akten einsehen. Zu Frau Braun sagt Herr Brohm, ein Informationszugangsgesetz sei etwas völlig anderes, was er ihr erklärt.

**Herr D. Wegener** stellt den *Geschäftsordnungsantrag*, Ende der Rednerliste.

**Abstimmung: 19x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung**

Vor der Abstimmung hatte **Herr Jacob** darauf hingewiesen, dass noch Frau Platte und Herr Maatz noch auf der Rednerliste stehen.

**Frau Platte** erinnert an die Freitagsinfo, in der diese Begründung schonmal drin gestanden habe. Das habe sie auch gegenüber von Frau Altmann erwähnt, dass sie (Frau Platte) dies als Drohung empfunden habe, wie Frau Altmann gesagt habe wie die Verwaltung in Zukunft mit Akteneinsichts-anträgen umgehen wolle. Die Verwaltung fühle sich aus welchen Gründen auch immer damit belastet oder belästigt und das sei die Reaktion darauf. Deswegen sei sie der Meinung, sich verwaltungsrechtliche Auskunft einzuholen wie hier der SR verfahren sollte.

**Herr Maatz** fragt, ob dies mit dem Datenschutz konform sei, denn dies seien eigentlich private Sachen.

**Herr Jacob** antwortet mit Nein und sagt, wenn dies in Zusammenhang mit der Einstellung stehe, sei dies nichts privates.

**Herr Nagler** bittet darum, zur nächsten SR-Sitzung einen Beschluss vorzubereiten, in dem drin stehe, „für folgende Akteneinsichts-anträge, bis zum Ende der Legislatur, wird davon abgesehen einen Ausschuss zu bilden, sondern es werden alle SR'e informiert und daran teilnehmen“.

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung, ob man *die Akteneinsicht der Vertretung insgesamt übertrage*.

**Abstimmung: 17x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung**

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung der geänderten BV 847/2022.

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte überträgt die Akteneinsicht an die Vertretung gesamt.*

**Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 3x Nein, 2x Enthaltung** => beschlossen

### **TOP 30: Information über den Jahresabschluss 2017 - Vorlage: MV 844/2022**

**Herr Brohm** gibt Informationen zur MV.

### **TOP 31: Information über den Jahresabschluss 2016 - Vorlage: MV 845/2022**

**Herr Brohm** gibt Informationen zur MV.

### **TOP 32: Anfragen und Anregungen, Sonstiges**

**Herr Graubner** habe mehrere Anliegen. Man habe heute wieder Anträge in die HH-Diskussion 2023 verwiesen. Damit man diese Anträge nicht vergesse, bittet er darum, dies in einer Liste zu erfassen und den SR fortlaufend in der Freitagsinfo zu informieren, was man an Lasten habe.

Er habe heute vom BM eine Entschuldigung an den SR Herrn Kinszorra vermisst. Der BM habe in der letzten HA-Sitzung Herrn Kinszorra eine gute Reise gewünscht. Zum Glück sei Herr Kinszorra die Reise nicht angetreten.

Im Zusammenhang mit dem Teich in Lüderitz möchte er zum Teich im Stadtpark in Tangerhütte sagen, dass dieser mittlerweile völlig verschlammt sei. Darum erinnert er an einen gemeinsamen Antrag zur Sanierung des Teiches im Stadtpark Tangerhütte, der dringend saniert werden müsste.

**Herr Jacob** informiert, man hatte im Rahmen der Sommertour des Wirtschaftsministers Herrn Sven Schulze einen Termin im Gutspark bei der Familie von Bismarck. Die Familie von Bismarck habe dort die Verschlammung ihres Teiches benannt und habe erklärt, im Rahmen des Klimawandels sei es sehr sinnvoll und nützlich, wenn man diesen Teich in Ordnung halte und saniere. Herr Schulze habe die Notwendigkeit bestätigt und habe gesagt, dass er dabei sei zu eruieren wie sinnvoll es sei, solche Geschichten zu nutzen, um Wasserreserven zu mobilisieren. Weil das Tangerhütte genauso betreffe, habe Herr Jacob mit Herrn Schulze gesprochen, dass im Stadtpark Tangerhütte einiges im Argen sei. In diesem Zusammenhang habe er auch auf andere Probleme der EGem hingewiesen und habe Herrn Schulze gebeten, dass er unsere EGem bei der Geschichte „ehemaliger Flughafen Buchholz“ unterstütze und habe ihm erklärt, wie wichtig diese Investition in die Zukunft für uns wäre. Er habe Herrn Schulze gebeten, dass man ihn hier im Oktober begrüßen wolle, um mit ihm solche Sachen zu besprechen. Herr Schulze habe zwar keinen Termin genannt aber die Sachen so zur Kenntnis genommen und werde sich um einen Termin bei uns in der EGem bemühen.

**Frau Platte** merkt an, dies betreffe auch den See in Grieben, der auch verschlammt sei.

Sie fragt Herrn Brohm, werden die Kanaldeckel noch hoch genommen?

**Herr Brohm** antwortet, Ja.



**Frau Platte** habe gehört, dass es in der Verwaltung ein Bewerbungsgespräch zum Gemeindearbeiter gegeben habe. Sei das der Gemeindearbeiter für den Bereich Grieben?

**Herr Brohm** antwortet mit Nein und sagt, das sei für die Hausmeister gewesen.

Als nächstes möchte **Frau Platte** wissen, wann eine Ausschreibung für den Gemeindearbeiter erfolgt.

**Herr Brohm** antwortet, es werden Bewerbungsgespräche für die Bauhöfe geben.

Jetzt kommt **Frau Platte** zum grundsätzlichen Problem, was der Ortschaft sowie dem Ortschaftsrat Grieben und vor allem der Orts-Fw Grieben beschäftigt. Es geht um einen leistungsfähigen Löschwasserbrunnen, für eine dauerhafte und ausreichende Löschwasserversorgung in Grieben. Aus diesem Grund sei heute die Orts-Fw Grieben anwesend. Der BM sei dafür, den Brunnen bei Humanas bohren zu lassen. Bei der Baugenehmigung sei seinerzeit von der Verwaltung erklärt worden, dass man das über die Trinkwasserleitung machen könnte, was lt. Wasserverband definitiv nicht sein könne. Anscheinend sei diese gemachte Aussage nicht mehr wahr. In den Unterlagen im Bauordnungsamt stehe jetzt etwas ganz anderes. Der Ortschaftsrat und die Fw haben darüber schon mehrfach mit dem BM gesprochen. Man habe gesagt, wenn es oben bei Humanas schlechtes Wasser gebe, werde im geschlossenen Ortsbereich in Grieben, der kein Löschwasser habe, gebohrt. Folgendes sei passiert, man habe bei Humanas mit schlechtem Ergebnis gebohrt. Mit der Zeit habe man dort schon fünf Probebohrungen durchgeführt. Sie habe die Firma Rudolph gefragt, warum man nicht in Grieben bohre und die Firma Rudolph habe geantwortet, dass man der Firma gesagt habe, die haben dort Wasser zu finden und zwar „singgemäß, koste es, was es wolle“. Die Probebohrungen kosten auch Geld. Der Ortschaftsrat Grieben werde definitiv mit ihren Bürgern sprechen und fragen wie man sich hier verhalten solle. Sie hoffe, dass der SR genehmige, dass sich der Ortswehrleiter Grieben kurz zu diesem Sachverhalt aus Sicht der Fw äußern dürfe.

**Herr Jacob** bittet um Abstimmung, dem Ortswehrleiter Herr Manuel Schwenke Rederecht zu geben.

**Abstimmung: 17x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung**

Der Ortswehrleiter **Herr Schwenke** merkt an, Frau Platte habe schon vieles gesagt aber die Kameraden müssen noch hinzufügen, dass die Kameraden von vornherein die Lage des Brunnens in der Breiten Straße gewählt hatten. Dies haben die Kameraden dem BM, der Verwaltung und dem Ortschaftsrat Grieben mehrfach mitgeteilt. Darüber gebe es Dokumente. In der letzten Ortswehrleiter-Tagung habe man auch das Problem angesprochen, mit der Bitte, bei der Vergabe des Brunnens der Fw wenigstens den Standort mitzuteilen. Dies habe man auch nicht gemacht. Die Ortswehr Grieben fühle sich hintergangen. Wenn es brennt trage die Ortswehr Grieben die Verantwortung, sprich der Einsatzleiter und nicht der BM. Deshalb werde die Fw Grieben in einem Brandfall in der Breiten Straße nur die Erstversorgung sicher stellen. In diesem Bereich werde es von der Fw Grieben keine Einsatzleitung geben. Dies werde er der Verwaltung und den anderen Ortswehrleitern nochmal schriftlich mitteilen. Die Sache sei, man werde als Ortswehr und als Ortswehrleiter von der Verwaltung und vom BM ignoriert. Die Streitereien gehen lange genug. Jetzt informiert Herr Schwenke, wann er seine erste und zweite Brunnenprüfung gemacht habe und dass er im Jahr 2020 den Brunnen bei Waidmannsheil als nicht mehr tauglich deklariert habe, weil dieser 2019 nur 500 Liter pro Minute gebracht habe.

**Frau Platte** möchte die Kosten der Probebohrungen zur Kenntnis haben, was dem ganzen SR interessiere.

**Herr Jagolski** fragt, wann nehme man den Splitt in der Breiten Straße in Tangerhütte auf?

**Herr Brohm** wird die Antwort nachreichen.

Als nächstes sagt **Herr Jagolski**, die SPD-Fraktion und die WG Zukunft möchte die Stellungnahme der EGem Stadt Tangerhütte zur Löschwasserversorgung zum Neubau Humanas in Grieben bekommen.

**Herr Brohm** äußert, in einer Freitaginfo hatte man schon den ganzen Bauantrag bereitgestellt, was jetzt Herr Jagolski auch bestätigt.

Zum Schluss spricht **Herr Jagolski** das Bundesförderprogramm für die Industriehallen an. Das sollte schon im Mai entschieden sein. Wie ist hier der Stand?

**Herr Brohm** antwortet, die Entscheidung sei Mitte Juli gefallen. Das Projekt Industriehallen sei nicht dabei gewesen. Das heißt, das beantragte Projekt existiert nicht mehr.

**Herr Maatz** möchte eine Anregung zum DGH Jerchel abgeben. Es sei bekannt, dass dort die Fw keine Umkleidekabine oder sonst was dergleichen habe. Man hätte Förderprogramme im Fw-Bereich nutzen können. So könne man evtl. die Hälfte des DGH auf Fw-technisch basieren oder fördern. Dann wäre der Sanitärbereich wie Duschen und Toiletten, auch behinderten-gerecht, mit

abgedeckt und es müsste nur noch der Saal als DGH hinten mit ran. Die Treppe sei ein Fass ohne Boden.

**Herr Jacob** sagt, da wäre er ganz vorsichtig, denn das seien unterschiedliche Zuständigkeiten.

**Herr Kinszorra** spricht aus der letzten HA-Sitzung den TOP Firewall an. Er bittet den BM per Mail offen zu legen, wann man den Beschluss über einen 5-Jahresvertrag mit der KITU in einem Wertumfang von 276.000 € gefasst habe, der bis zum Oktober 2023 laufe. Er regt an, dass der BM andere alternative Anbieter für die Übernahme der Tätigkeiten Hard-Software, Leasing/Miete und sonstige Absicherung der gesamten Problematik Hard-Software in der Verwaltung der EGem Stadt Tangerhütte ausschreibe, so dass auch andere Anbieter ihre Angebote, mit dem aktuellen Stand der Technik und mit der ständigen Aktualisierung der Technik sowie der Finanzierung anbieten können. Man habe ein Jahr Zeit, um sich rechtzeitig vorzubereiten, dass es auch noch andere Anbieter gebe und könne in Ruhe abwägen, welcher der optimale Anbieter sei (nicht der Teuerste oder der Billigste).

**Herr Kinszorra** habe heute in der Presse den Artikel vom BM gelesen, aber der Staatssekretär für Information und Sonstiges sage, man werde sich nicht beim Tangerhütter digitalen Rathaus mit einlinken. Der Staatssekretär habe andere Ideen. Er fragt den BM, wie weit werden sie mit den Hinweisen des Landes konform gehen?

Des Weiteren bittet **Herr Kinszorra**, dass zukünftig Beratungen wie die vorletzte HA-Sitzung, aufgrund der zukünftig und jetzt schon steigenden Inzidenzen bei Covid-Erkrankungen, nicht mehr in dem beengten Sitzungszimmer des Rathauses stattfinden. Diese Schutzvorschrift sollte auch der SR-Vorsitzende und die anderen Ausschussvorsitzenden mit berücksichtigen.

**Frau Braun** geht nochmal auf den Beitrag des Ortswehrleiters Grieben ein. Sie sei echt erschüttert. So schlimm hätte sie es sich nicht vorstellen können. Heute habe man tausendmal gehört, man habe kein Geld und hier mache man einen Aufwand, um den Standort zu bekommen, den der BM und andere wollen, aber den die OBM und die Ortswehr nicht wolle. Hier bekomme man ein echtes Problem, in der Einsatzbereitschaft und in der Realisierung der Brandschutzaufgaben in der Ortschaft Grieben. Sie bittet Herrn Brohm inständig, dieses Prozedere zu beenden und der Firma Rohloff, die in dieser Region wirklich fachkompetent sei, nicht noch mehr Aufträge zum Bohren zu geben, sondern das zu machen, was die Kameraden und die OBM vorgeschlagen haben. Sie möchte auch wissen, was das alles zusätzlich kostet.

Dasselbe Problem habe **Herr Nagler** auch mit dem BM und zwar, was der BM redet und wie der BM handelt. Das erleben die Bürger auch. In diesem Fall habe das die Ortswehr Grieben erkannt. Man erhalte vom BM nicht nur Sonntags-Mails, auch Sonntagsreden. Hier habe man Leute vor Ort, die dort geboren sind, dort arbeiten und wissen, was dort Sache sei aber der BM denkt, „ich weiß alles besser und dazu sei er auch noch beratungsresistent. Wenn man allwissend sei und denke, niemand könne mir das Wasser reichen, sei es schwierig aber damit werde der BM früher oder später gegen jede Wand laufen.“ Zu diesem Thema gibt er weiterhin seine Meinung kund.

Als nächstes sagt **Herr Nagler**, der BM und seine beiden Stellvertreter seien von ihrer Stellung und vom Gehalt in so exponierten Positionen, dass der BM und seine Stellvertreter Kritik abkönnen müssten. Das sei in einer Sitzung nicht der Fall gewesen. Für Herrn Nagler sei diese Sache an der Stelle erledigt gewesen aber der BM musste in der darauffolgenden Sitzung Breitseite machen und habe Beleidigungen unterstellt. Aufgrund des Verhaltens des BM an diesem Tag habe man sich die Tonaufnahme der entsprechenden Sitzung angehört. Der BM hatte daran kein Interesse und er selbst hatte keine Zeit, weil man diesen Termin ohne Absprache mit ihm gemacht habe. Für Herrn Nagler sei Herr Kinszorra anwesend gewesen, sowie Frau Schleaf und jemand von der VST. Die ALZ hatte auch kein Interesse daran. Herr Kinszorra sei lange Zeit Anwalt gewesen und habe gesagt, in der Sitzung seien definitiv keine Beleidigungen gefallen. Es sei harte Kritik gewesen. An der Stelle sei angebracht, dass sich auch der BM für seine Wortwahl entschuldigen müsste. Andere (aus der UWGSA) haben auch Größe gezeigt.

**Herr Nagler** bittet den BM, dem SR eine Übersicht der Abschlussrechnung über die Baumaßnahme Kita Grieben, Schule Grieben I. Bauabschnitt und Fw Bittkau zu geben und dem die Planungsunterlagen plus Nachträge entgegen zu stellen. Es gehe ihm nicht darum, wo diese Bauvorhaben sind. Er werde ab jetzt bei allen Bauvorhaben, auch die in Tangerhütte, nachfragen.

**Herr D. Wegener** möchte zu den Probebohrungen Löschwasserbrunnen in Grieben wissen, wie oft wird dort oben bei Humanas auf Kosten unserer EGem noch gebohrt, bis man sich auf einen Standort entscheidet? Er hoffe, dass es dann der entsprechende Standort werde, der von vielen bevorzugt werde.

**Herr Brohm** findet, heute Abend müsse man sich die Fakten nicht gegenseitig vorhalten. Der Ortswehrleiter kenne das, was er als BM in der Ortswehrleitung gesagt habe. Vor Ort habe es verschiedene Treffen gegeben und man habe 1 Jahr lang alles abgewogen, wie man zu verfahren habe. Den Vorwurf, dass Humanas der ausschlaggebende Punkt sei, weise er völlig von sich. Darum gehe es überhaupt nicht. Die Verwaltung habe kein Problem, alles offen zu legen. Das sei unsere Aufgabe. Insofern schaue sich die Verwaltung den Sachstand an. Die Meinung der Ortswehr kenne man. Er rege an, dass man sich ganz in Ruhe zusammensetze, um sich die Unterlagen anzuschauen. Die Entscheidung sei nicht, ob der BM alles besser wisse oder nicht, sondern die Frage sei immer, wenn an einer anderen Stelle etwas passiere, was sagt der Staatsanwalt. Hier gehe es um den Schutz der Ortslage und wo man diesen am optimalsten einsetze. Das habe man versucht darzulegen. Leider sei dies nicht gelungen. Man werde den Sachstand und alles andere werde aufarbeiten. **Herr Jacob** habe keinen Sachstand feststellen können. Man habe hier die Frage gestellt, warum lässt der BM dort bohren und darauf sollte der BM eine Antwort geben.

**Herr Brohm** merkt an, die Sachlage sei, wo ist das Gefahrenpotential. Die kurze Antwort lautet, in der Region dort oben sei das Gefahrenpotential am höchsten, denn dort sei das geringste Wasser vorhanden. In der Ortslage könne man immer noch an die Wasserversorgung gehen. Das sei für den Ersteingriff ein probates Mittel. Herr Brohm findet es nicht gut, dass er jetzt mit so vielen Personen in eine Diskussion komme. Er sitze nicht hier, um der Ortswehr oder Frau Platte irgendetwas schlechtes zu wollen, sondern, um seinen Auftrag zu erfüllen und zwar, Schaden von der EGem abzuwenden.

**Herr D. Wegener** wiederholt seine Frage. Wieviel Bohrungen wird es dort oben noch geben, bis man merkt, es kommt kein Wasser und man muss doch woanders bohren? Immerhin habe man dort schon fünf Bohrungen durchgeführt.

**Herr Brohm** antwortet, man werde dort oben nicht wie Frau Platte anvisiert habe, ununterbrochen Wasser suchen.

**Herr D. Wegener** gibt zu Protokoll, es gab wieder keine Antwort auf seine Frage.

**Herr Graubner** habe Respekt für die Ortswehr Grieben, dass diese weiter kämpfe und nicht locker lasse. Zum BM sagt er, „sie lassen sich bei jedem Brand als Hauptmann feiern und stehen dann nachts irgendwo in Arneburg. Das ist nicht notwendig“. Deswegen fragt er den BM, „warum schätzen sie die Kameraden vor Ort, hier in Grieben, 12 km von uns und dem Wort der OBM und die Fachkunde des Ortswehrleiters sowie der Kameraden so gering, dass sie auf Teufel komm raus hier Geld verschwenden, auf Kosten der EGem“? Wer kommt dafür auf? Falls es nicht klappt, sei man versicherungstechnisch abgesichert oder wer zahlt?

**Herr Graubner** kommt jetzt auf das mit Herrn Kinszorra zurück und findet das mediale Auftreten des BM, s. heutigen Presseartikel auf Seite 3, stehe im ganz krassen Gegensatz zum wirklichen Umgang mit den Menschen der EGem Stadt Tangerhütte. Das sei nicht in Ordnung.

**Herr Kinszorra** habe eine Anfrage gestellt und eine Anregung gegeben. Eigentlich sollte man erwarten, dass man bestimmte Dinge sagt, wie ok., die Anregung sei in Ordnung. Dies werde ich aufnehmen und verfolgen, wie z.B. bei der Ausschreibung der Hart- und Software ab November 2023. Der BM sei sogar verpflichtet, diese zu machen. Dazu habe man 1 Jahr Zeit. Da hätte ich als BM gesagt, das werden wir ausführen. Selbst bei der einfachen Anfrage zur letzten HA-Sitzung im Sitzungszimmer, dass es wegen der Abstandsregelung unzumutbar sei, dort eine Sitzung durchzuführen, habe der BM nicht reagiert. Der BM verhalte sich so regelmäßig, indem er nichts sage. Der BM antwortet nicht, verwässert dies später in den Antworten und vieles bleibe verloren. Im Mandatos habe man ein Programmteil, Erfüllung von Beschlüssen und Anfragen. Er bittet Herrn Brohm, in Mandatos zu prüfen, ob die Beschlusskontrolle aktuell sei oder, ob man bei diesem Programm noch nachbessern müsse. Dort habe man viele Anfragen und Anregungen reingenommen. Diese müssten in dieses Programm in Mandatos aufgenommen werden und müssten regelmäßig per Knopfdruck auf unserem I-Pad zu erkennen sein.

Des Weiteren rege **Herr Kinszorra** an, wenn der BM bei diesem TOP nicht sofort antworten könne, sollte der BM seine beiden Amtsleiter mit zu den SR-Sitzungen beordern.

**Herrn Kinszorra** sei heute in der Diskussion aufgefallen, der BM wisse sofort, wann der Staatsanwalt eingreife, z.B., wenn es bei Humanas brennt und dort komme ein Brandfall zutage und die Fw schaffe es nicht sofort, dort Löschwasser hinzubekommen. Wenn der BA-Vorsitzende Herr Jagolski sagt, Achtung, in der Bauauflage für Humanas gebe es die Bereitstellung und Erfüllung des Löschwassers, müsste der BM dann auch schlussfolgern können und sagen, Achtung, ich bin hier die Verwaltung. Warum habe Humanas die Löschwasserbereitstellung nicht entsprechend der Baubebauung des Bauantrages erfüllt? Hier könnte der BM auch sagen, dass sei ein Fall für den

Staatsanwalt. „Der BM sei wahrscheinlich allwissend, was wir hier alle nicht sind und das unterscheidet uns wahrscheinlich sehr intensiv.“

**Herr Kinszorra** fragt, warum sind die beiden Amtsleiter bei den SR-Sitzungen nicht dabei?

**Herr Brohm** sagt zu Herrn Kinszorra, was sie sagen, klingt klug aber es sei bar jeder Realität. Dies alles könne man in einer ruhigen Minute besprechen. Aus gutem Grund habe man in Sachsen-Anhalt eine Kitu (kommunale Genossenschaft, die sich um die IT-Sicherheit der Kommune kümmert) gegründet. Wenn es eine andere oder bessere Lösung gebe, würde es die geben, aber die gebe es nicht. Das heißt, wenn man wechseln wolle, könne man das Tablet gleich hier lassen. Die Verwaltung könne dies prüfen aber er könne jetzt schon das Ergebnis sagen und zwar, es gibt nichts besseres. Bei vernünftiger Vorbereitung schaffe man es in drei Sitzungen zu erklären, um welche IT-Sicherheitsmaßnahmen es gehe. Man schaffe es aber nicht, dem SR zu erklären, egal wie der Kostenrahmen sei, in der Abwägung sei wichtig sei, dafür zu sorgen, bestmöglich abgesichert zu sein und jetzt sage man ihm, er soll schauen wie man es besser machen könne. Das sei auch wieder ein komplexes Thema, was man nicht an diesem Abend in der öffentlichen Runde erörtern könne.

Die Anfrage zur Tagung im Sitzungszimmer habe **Herr Brohm** als Anregung verstanden. Das findet er vernünftig und man werde sich daran halten.

Zum Thema Löschwasser gibt **Herr Brohm** an, das sei auch ein komplexes Thema. Die leichte Lösung liege hier nicht auf der Hand. Er verstehe es und er verstehe alle vor Ort.

Daraufhin sagt **Herr Kinszorra**, in der letzten HA-Sitzung habe er angeregt, dass man überprüfen solle, inwieweit im Rahmenvertrag und in den Verträgen, die man den Räten zur Verfügung gestellt habe, die Ergänzung von Firewall-Aktivitäten soft- und hardwaremäßig mit im Vertrag enthalten seien. Er habe ebenfalls zu Protokoll gegeben, dies von einem Fachanwalt für IT-Recht überprüfen zu lassen und wenn dem so sei, das man dann tatsächlich die Kitu-Genossenschaft auffordert, dieses abzustellen bzw. technisch taktisch dahingehend zu streiten, das man sage, halber Preis, viertel Preis oder drittel Preis. Er weist darauf hin, als es im Rathaus vor ca. 6 bis 8 Jahren mit der Problematik EDV (Soft- und Hardware, Sicherheit) begann, habe sich die DATEV-Genossenschaft (DATEV eG), mit Hauptsitz in Nürnberg, ebenfalls in Bereichen für dieses Projekt in Kommunen interessiert. Er rege an, der BM sollte mit seinem Software-Mann eine akkurate Anfrage stellen, inwieweit diese Genossenschaft bereit sei, diese Verträge zu welchen Konditionen aufzunehmen, fortzuführen usw. Es gebe bestimmt noch andere Anbieter, die mit den Kommunen gern dieses lukrative Geschäft durchführen wollen. Nur so könne man einen Wettbewerb eröffnen. Man könne nicht sagen, dass sei die Genossenschaft (Kitu), die wir gegründet haben. Unsere EGem sei in dieser Genossenschaft Mitglied und das sei alles sehr toll und preiswert.

**Frau Schleef** möchte vom SR-Vorsitzenden wissen, inwieweit dieser mit dem BM oder mit der Verwaltung über die bestehende Badeordnung gesprochen habe, wegen dem Eklat mit dem Burkini. Vielleicht sollte man nochmal über die Badeordnung sprechen, ob man den Punkt mit der Badekleidung ändern sollte.

Als nächstes sagt **Frau Schleef**, Herr Graubner möchte, dass sich der BM bei Herrn Kinszorra entschuldigt. Selbstreflexion tue gut, denn wie der externe Berater seitens von Herrn Kinszorra angegriffen wurde, sei definitiv nicht in Ordnung gewesen. Dazu möchte sie auch nochmal eine Protokolleinsicht haben. Für ihr seien Respekt und Anstand Grundwerte. Sie findet, alle, seitens der Verwaltung und seitens der Räte, sollten sich und andere mit Respekt und Anstand behandeln.

Zur evtl. Änderung der Badeordnung äußert **Herr Jacob**, dass dazu bis dato keine Gelegenheit vorhanden gewesen sei. Er sehe auch keinen Grund dafür. Außerdem sei der letzte Beschluss noch keine 6 Monate her und er könne dies erst nach 6 Monaten wieder auf die TO setzen. Man habe Vorschriften und an diese müsse er sich halten. Er könne folgendes machen und zwar könne er in einem persönlichen Gespräch mit dem BM sagen, wann man sich das wieder vornehme.

**Frau Schleef** möchte zu Herr Kinszorras Anregung, einen IT-Fachanwalt einzuschalten, dass seine Fraktion dazu einen Antrag einreiche, denn für ihr seien diese Kosten eine Verschwendung.

**Frau Platte** findet, dass die Wohnanlage bei Humanas, im Sinne des Fw-Rechts, keine besondere Gefahrensituation darstelle. Darüber habe sie sich schlau gemacht. Der Bauantrag mit der Baugenehmigung beinhaltete, dass zu diesem Zeitpunkt die Löschwassersituation nicht geklärt gewesen sei aber lt. Aussage von Herrn Robra, habe es aus der Verwaltung ein Schreiben gegeben, dass die Löschwasserversorgung über die Trinkwasserleitung sichergestellt sei. Die Schule stelle im Sinne der Fw auch kein besonderes Gefahrenpotenzial dar, sondern sei nur eine Tagessache. So werden die Dinge formal-rechtlich gesehen. Wenn sie etwas in Grieben zu sagen hätte, hätte Grieben drei

Tiefbrunnen. Von Humanas und von der Schule sei der nächste Brunnen, der noch einigermaßen Wasser (der einzige in Grieben und nicht ausdauernd) liefert, 276 m entfernt.

**Frau Braun** findet die Geschichte in Grieben von höchster Brisanz und Bedeutung, denn hier gehe es um die Sicherheit der Bürger.

Jetzt spricht **Frau Braun** auch von Respekt und Anstand. Sie sagt zu Frau Schleef, dass sie auch laut lache, wenn andere reden.

Zur Badeordnung merkt **Frau Braun** an, lt. Hauptsatzung habe ein Beschluss 6 Monate Bestand. Sie wehre sich dagegen, dass man hier in der Öffentlichkeit sage, dass das im Freibad Tangerhütte ein Vorfall war. Dort habe der Bademeister das Hausrecht korrekt wahrgenommen. Die Personen seien schon von der Straße mit den Sachen, mit denen sie baden gegangen sind, ins Freibad gekommen, ob dies ein fachmännischer Anzug gewesen sei oder nicht. Das stehe auch nicht in unserer Badeordnung. Sie sage ganz klar, „ich, SR'in Edith Braun unterstütze in unseren Freibädern und in unserer Kulturlandschaft nicht die Diskriminierung von Mädchen und Frauen aus anderen Kulturen. Bei uns in Deutschland haben wir eine Badekultur, die sogar jetzt darüber diskutiert, ob Frauen oben ohne gehen können. Finde ich nicht toll aber wenn es so ist und die Mehrheit findet, ist es erlaubt. Deshalb sage ich ganz klar, dies unterstütze ich aus hygienischen, gesundheitlichen und diskriminierenden Gründen von Mädchen und Frauen in keinsten Weise, denn ihre Brüder dürfen in einer knappen Badehose rein und die Mädchen müssen sich bedecken. Das ist nicht unser Anspruch, in unserer Kulturlandschaft in Deutschland. Und diese Worte, die da gefallen sind, Rassismus usw.. Da werde ich vehement dagegen vorgehen. Ich werde sogar Anzeige erstatten, gegen die Sozialarbeiter, wenn noch einmal so ein Wort kommt. Herr Höink, das habe ich von allen Seiten gehört, hat ordnungsgemäß, höflichst alles erklärt und er war im Recht. Es hätte nie eine Ausnahmegenehmigung durch unsere Verwaltung geben dürfen. Damit wurde das Hausrecht unterwandert. Ich habe in über 30 Jahren das Freibad in Lüderitz niemals, auch in meiner hauptamtlichen Tätigkeit, in irgendeiner Weise das Hausrecht des Schwimmmeisters ausgesetzt. Wir hatten viele Hausverbote. Ich habe immer gefragt, was haben sie gemacht? Entspricht das der Badeordnung, ja oder nein. Ich habe immer das Hausrecht des Bademeisters gelten gelassen. Was hier passiert ist, ist nicht in Ordnung gewesen. Der Bademeister muss sehen können, nach deutschem Baderecht, ob man Ekzeme hat, ob man gesund ist, ob man offene Beine hat. Das steht in unserer Badeordnung.“

**Herr Jagolski** äußert, diese Badeordnung habe man hier beschlossen. Das sei eine Vorlage von der Verwaltung. Wenn diese nachgebessert werden sollte oder müsse, könne es nach 6 Monaten passieren. Er findet auch, dass es für den Bademeister schlecht gewesen sei, dass es diese Ausnahmegenehmigung gab. Damit fingen die Tumulte an. So etwas dürfe es nicht geben, denn man habe eine beschlossene Badeordnung, die auch gültig sei.

**Frau Schleef** sei es nur um den Rassismusbewertung gegangen, den der SR bekommen habe. Sie findet, das sollte man aufarbeiten. Dazu gehöre auch, nochmal über diese Möglichkeiten zu sprechen. Sie nennt einige Beispiele, wie sie sich im Ausland an Anordnungen halten müsse und es auch mache.

**Herr Jacob** habe diesen Artikel auch gelesen. Aus seiner Sicht habe man den SR nicht pauschal des Rassismus beschuldigt.

**Herr Jacob** beendet 21:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

## Öffentlicher Teil

### **TOP 36: Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

**Herr Jacob** stellt die Öffentlichkeit wieder her.

### **TOP 37: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der nichtöffentlichen Sitzung habe man keinen Beschluss gefasst.

### **TOP 38: Schließung der Sitzung**

**Herr Jacob** schließt 22:01 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 05.09.2022